



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 30.11.2011
Sitzungsbeginn:	19:05 Uhr
Sitzungsende:	23:18 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	HFA/007/11

Tagesordnung

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2010-2015 einschl. aller eingegangenen Anträge
Vorlage: 0245/S/11
- 3 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 einschl. aller eingegangenen Anträge
Vorlage: 0246/S/11
- 4 Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim
Vorlage: 0271/S/11
- 5 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO - Doppik
Vorlage: 0279/S/11
- 6 Wechselseitige Praktika von Beschäftigten der Schöfferstadt Gernsheim und den verschwisterten Kommunen Bar-sur-Aube/Frankreich und Swiecie/Polen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011
Vorlage: 0258/S/11
- 7 Antrag zur Überarbeitung der bestehenden Abfallsatzung einschl. der 1. Änderungssatzung zum HH-Jahr 2013
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011
Vorlage: 0259/S/11
- 8 Errichtung eines Ortsschildes am Rheinufer
hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2011
Vorlage: 0267/S/11
- 9 Radwegeführung im Kreuzungsbereich B 44 (neu) / L 3112
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld vom 09.11.2011
Vorlage: 0283/S/11

- 10 Ortseinfahrt Hahner Straße
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld vom 09.11.2011
Vorlage: 0284/S/11
- 11 Bezug von Ökostrom
hier: Antrag des Stadtverordneten Herbert Weckerle vom 15.11.2011
Vorlage: 0285/S/11
- 12 Einrichtung/Wiederbelebung einer Treppenhausgalerie im Stadthaus der Schöfferstadt Gernsheim;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2011
Vorlage: 0286/S/11
- 13 Mehrzweckraum Schöffershaus, Initiative zur Nutzungserweiterung;
hier: Antrag der Stadtverordneten Herbert Weckerle und Marianne Walz vom 15.11.2011
Vorlage: 0287/S/11

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr stellvertretender Vorsitzender Fritsch begrüßt im Namen des entschuldigenden Vorsitzenden Roland Kramer alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt, Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr stellv. Vorsitzender Fritsch stellt fest, dass folgende Damen und Herren Stadtverordneten im Haupt- und Finanzausschuss stimmberechtigt sind:

Für die CDU: Frau Bonifer sowie die Herren Kaspar und Fritsch
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Schnittker
Für die SPD-Fraktion: Herr von Haza-Radlitz
Für die FWG-Fraktion: Herr Rudolf Schmitt.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den Antrag der Stadtverordneten Wolter vom 22.11.2011 in Sachen Gestaltung der leeren Schaufenster der städtischen Liegenschaft „Ehemaliges Raiffeisengebäude“ in der Bleichstraße“ als neuen TOP 14 in die Tagesordnung aufzunehmen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Enthaltung : -

Weiterhin beantragt Herr Burger TOP 15 – neu – Vergabe der Stromkonzession im Bereich der Schöfferstadt Gernsheim in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Des Weiteren schlägt er vor, über die TOP 2 – 3 gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt darüber abzustimmen. Dem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt. Eine formelle Abstimmung erfolgte nicht.

Herr Schnittker beantragt, den TOP 5 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO-Doppik als TOP 2 zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

1 Bericht des Magistrats

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

1.1 Keine Haftungsbeschränkung für Kosten eines Feuerwehreinsatzes bei Schiffsunfall - Die Städte Gernsheim, Riedstadt und Groß-Gerau gewinnen Prozess vor dem Bundesverwaltungsgericht, Leipzig, vom 23.11.2011

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 23.11.2011 entschieden, dass ein Schiffseigner seine ordnungsrechtliche Haftung für die Kosten eines Einsatzes der Feuerwehr, die aus Anlass eines Schiffsunfalls angefallen sind, nicht nach den Vorschriften des Binnenschiffahrtsgesetzes beschränken kann.

Der Schiffseigner kann nach dem Binnenschiffahrtsgesetz seine Haftung unter anderem für Ansprüche wegen Personen- und Sachschäden, die an Bord oder in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb des Schiffes eingetreten sind, auf einen Betrag beschränken, der sich grundsätzlich an den technischen Merkmalen seines Schiffes orientiert. Die Haftungsbeschränkung wird bewirkt durch die Errichtung eines Fonds, in den der Schiffseigner die Haftungssumme einzuzahlen hat. Sie wird auf der Grundlage der schiffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung auf die Gläubiger verteilt.

Die Klägerin war Eigentümerin eines Motortankschiffs, aus dem im August 2004 im Rhein-Hafen von Gernsheim eine Partie von 651 Tonnen Xylol gelöscht wurde. Während des Löschvorgangs schob der Steuermann versehentlich den Fahrhebel nach vorne. Das dadurch in Fahrt gesetzte, mit der Löschanlage verbundene Schiff riss den Löscharm aus der landseitigen Verankerung, der daraufhin ins Hafenbecken fiel. Das Schiff konnte zwar sofort wieder zum Stehen gebracht werden, so dass die Löschleitungsverbindung insgesamt standhielt. Auch konnte der Löschvorgang durch Auslösen der

Notstoppeinrichtungen (Abschaltung der Pumpen und Schließen der Sicherheitsschieber) unterbrochen werden. Nach dem Abschlussbericht der Hessischen Wasserschutzpolizei tropfte aber eine Menge von (höchstens) fünf Litern durch ein Leck am Rohrleitungssystem auf die Uferbefestigung. Soweit weiteres Xylol auslief, wurde dieses durch eine Wanne aufgefangen. Die in dem Löscharm verbliebene Menge konnte in das Schiff zurückgepumpt werden. Am Unfallort kamen zahlreiche Hilfskräfte zum Einsatz, unter anderem die Freiwilligen Feuerwehren der Beklagten Städte Gernsheim, Riedstadt und Groß-Gerau. Wegen der Kosten des Einsatzes verlangten die beklagten Städte von der Klägerin jeweils Erstattung. Auf Antrag der Klägerin eröffnete das Amtsgericht Mainz ein schiffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren.

Die Klägerin hat gegen die Kostenerstattungsbescheide der beklagten Städte Gernsheim, Riedstadt und Groß-Gerau beim Verwaltungsgericht Darmstadt jeweils Klage erhoben und unter anderem beantragt, festzustellen, dass ihre Haftung nach den Vorschriften des Binnenschiffahrtsgesetzes beschränkt ist und den Beklagten über den Betrag hinaus, der in dem schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren zu ihren Gunsten festgestellt wird, kein weitergehender Anspruch zusteht. Das Verwaltungsgericht hat die Klagen abgewiesen, der Verwaltungsgerichtshof Kassel hat die Berufung der Klägerin zurückgewiesen.

Die Revision der Klägerin blieb erfolglos. Das Bundesverwaltungsgericht hat angenommen, dass die Kostenerstattungsansprüche der beklagten Städte nicht der Haftungsbeschränkung nach dem Binnenschiffahrtsgesetz unterliegen. Es handelt sich nicht um Ansprüche wegen Sachschäden im Sinne des Binnenschiffahrtsgesetzes. Ansprüche wegen Sachschäden sind nach der insoweit einschlägigen Vorschrift des Binnenschiffahrtsgesetzes solche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Sachen, wegen der Verspätung bei der Beförderung von Gütern, Reisenden oder deren Gepäck sowie sonstige Vermögensschäden wegen der Verletzung nichtvertraglicher Rechte. Ansprüche wegen Sachschäden sind ferner Ansprüche wegen Maßnahmen zur Abwendung oder Verringerung von Personen- oder Sachschäden, für die der Schuldner seine Haftung beschränken kann. Der Feuerwehreinsatz diente hier zwar der Abwendung eines Schadens, aber nicht der Abwendung eines Sachschadens im Sinne des Binnenschiffahrtsgesetzes. Nach den tatsächlichen, im Revisionsverfahren bindenden Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs diente der Einsatz der Feuerwehr dazu, einen Schaden für das Gewässer abzuwenden, nämlich ein Einlaufen größerer Mengen Xylol in das Hafenbecken zu verhindern. Die drohende Gewässerverunreinigung ist aber kein Sachschaden, insbesondere stellt sie keine Beschädigung einer Sache im Sinne der Definition des Sachschadens nach dem Binnenschiffahrtsgesetz dar. Denn das Wasser im Hafenbecken ist kein körperlicher Gegenstand und damit keine Sache.

1.2 Sachstandsbericht Gewerbesteuer 2011

Auf Hinweis eines größeren Gewerbesteuerzahlers ist damit zu rechnen, dass wir noch in diesem Jahr rd. 2,6 Mio. € an Gewerbesteuer zurückzahlen müssen. Der Saldo wird sich deshalb voraussichtlich auf 3,6 Mio. € verringern

bei einem Haushaltsansatz 2011 von 5,5 Mio. €.

Diese Rückzahlung hängt im Wesentlichen mit einem Verlustvortrag aus den Jahren 1997 bis 2001 als Einmaleffekt zusammen. Des Weiteren werden außerdem noch Zinsen anfallen, die derzeit nicht beziffert werden können.

Nach Mitteilung dieses Unternehmens bleibt die Hochrechnung bezüglich der Gewerbesteuer für 2012 in seitheriger Höhe (6,1 Mio. €) bestehen.

1.3 Besuch Nachfahren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Familie Weil

Wie bereits dem Magistrat bekanntgegeben, erfolgte am 25.11.2011 der Besuch der Familie Sabin in Gernsheim. Familie Sabin (Eheleute und Sohn Michael) kamen um 09.00 Uhr zu einem Gespräch mit Herrn Bürgermeister Burger und wurden bei der Schöfferstadt Gernsheim freundlich begrüßt. Familie Sabin bedankte sich für die gute Vorbereitung ihres Besuches und für die Abstimmung ihres Besuchsprogramms sowohl in Gernsheim, als auch in Dieburg.

Mit erschienen war auch Herr Wolfgang Hess, der der Schöfferstadt Gernsheim ein Fenster überreichte, das aus dem Gebäude der ehemaligen Synagoge in der Schafstraße stammt und durch seinen Vater in den Besitz seiner Familie kam.

Im Gespräch wurde an Frau Evelyn Lorch Sabin eine Kopie des Geburtseintrages ihrer Mutter übergeben, wofür sie sich ausdrücklich bedankte.

Unser Archivar, Herr Hans Herbert Hertling, stellte den Entwurf seines Buches über die jüdischen Familien in Gernsheim vor, das voraussichtlich in 2012 erscheinen wird und sicherte Familie Sabin zu, dass sie nach der Herstellung ein Exemplar erhalten werden.

Des Weiteren übergab Herr Bürgermeister Burger als Gastgeschenk das neueste Buch der Schöfferstadt Gernsheim.

Nach dem Gespräch bei der Stadtverwaltung wurde auf Wunsch der Familie das ehemalige Elternhaus in der Riedstraße/Ecke Schafstraße von außen besichtigt; des Weiteren erfolgte im Rahmen des Rundgangs zunächst die Besichtigung der ehemaligen Synagoge, jeweils verbunden mit dem Austausch allgemeiner Informationen über die seinerzeitige geschichtliche Entwicklung. Danach begab man sich gemeinsam zum Friedhof in Gernsheim, um der toten jüdischen Mitbürger zu gedenken.

Auf Wunsch von Frau Sabin wurde des Weiteren der Schöffersplatz mit dem Heimatmuseum und dem Schöffersdenkmal besichtigt, da ihre Mutter hier zur Schule ging.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Hotel Rheingold verabschiedeten sich Bürgermeister Burger und Frau Bolenz aufgrund anderweitiger Verpflichtungen; Familie Sabin ist dann mit Herrn Hertling und Herrn Hutmacher zum Besuch des jüdischen Friedhofs in Alsbach-Hähnlein gefahren. Da die Schlüssel des Friedhofs in unserem Besitz waren, konnte der Friedhof betreten werden. Nach

kurzer Suche konnten dort die Gräber der Vorfahren gefunden und fotografiert werden.

Nach dem Verlassen des Friedhofs in Alsbach-Hähnlein hat sich Familie Sabin dann verabschiedet und sich nochmals ausdrücklich bei der Schöfferstadt Gernsheim für die gute Vorbereitung und die umfassenden Informationen anlässlich ihres Besuches bedankt. Des Weiteren steht Frau Sabin zwischenzeitlich auch in Kontakt mit der Tochter des ehemaligen Bürgermeisters Georg Schäfer, Frau Magda Schäfer.

1.4 Erweiterung der kommunalen Kinderkrippe "Eulennest"

Mit Bewilligungsbescheid vom 15.11.2011 wurden Landesmittel in Höhe von € 90.000,00 aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zur Verfügung gestellt.

Insgesamt hat die Stadt Gernsheim damit aufgrund ihrer Anträge vom 07.12.2010 Landesmittel von € 100.000,00 und mit dem zweiten Antrag vom 28.04.2011 Landesmitteln in Höhe von € 90.000,00 beantragt.

Beide Bewilligungsbescheide vom 07.06.2011 bzw. 15.11.2011 sehen eine Bewilligung von jeweils € 90.000,00 vor; mithin insgesamt € 180.000,00.

Aufgrund der begonnenen Baumaßnahme wurde mit Antrag vom 21.11.2011 eine erste Auszahlung aus diesen Landesmitteln in Höhe von € 50.000,00 abgerufen, so dass die Schöfferstadt Gernsheim noch in diesem Jahr mit dem ersten Geldeingang aus dem Landesprogramm rechnen kann.

Die Erstellung der erforderlichen Verwendungsnachweise für diese Maßnahme erfolgt im Zuge der Abrechnung des Bauvorhabens zum Sommer 2012.

2 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO - Doppik Vorlage: 0279/S/11

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 1. Finanzbericht 2011 vom 09.11.2011 zum Buchungsstand 30.09.2011 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO - Doppik- zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: zur Kenntnis genommen

Eine formale Abstimmung erfolgte nicht.

Zu TOP 3 + 4 Investitionsprogramm und Haushalt 2012

**Erweiterung des Sportheims "Am Kaffeedamm";
hier: Antrag des Magistrats zum Investitionsprogramm 2010-2015
Vorlage: 0245/S/11-01**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Investitionsprogramms 2010-2015 bei Produkt 3, Produkt Nr. 11108, I-Nr. 11108024 „Erweiterung Sportheim“, im Finanzplan 2013 um den Betrag von €150.000,00 zu ergänzen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Besichtigung des Sportheims "Am Kaffeedamm"
hier: Antrag der Stadtverordneten Ursula Wolter vom 23.11.2011
Vorlage: 0245/S/11-01.1**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim organisiert zeitnah für die Stadtverordneten eine Besichtigung des Sportheims „Am Kaffeedamm“.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Neugestaltung Bürgersaal
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0245/S/11-03**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Investitionen zur Neugestaltung des Bürgersaales in Höhe von 85 T€ (Produkt 11101) werden auf 2014 verschoben.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Enthaltung : 1 SPD

Investitionszuschuss für Kinder - und Familienzentrum hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011 Vorlage: 0245/S/11-05

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Bei der im Betreff genannten Position einen Sperrvermerk (zweckgebunden) vorsehen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 SPD

"Bürger-Information und -Service" hier: Antrag zum Haushalt 2012 der Stadtverordneten Gerd Trommer und Marianne Walz vom 08.08.2011 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2011 Vorlage: 0246/S/11-01

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Der Magistrat sucht eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter, die/der interessiert und befähigt ist, sich auf dem Gebiet Erneuerbare Energien, Energie-Effizienz u. ä. ggf. aus- und weiterzubilden. Diese Person übernimmt anschließend die zusätzliche Funktion einer/eines internen und externen Energiebeauftragten. Sie soll möglichst aus dem Kreis der aktuell im Stadthaus Beschäftigten kommen. Falls dies nicht möglich sein sollte, ist möglichst eine vorhandene, neu zu besetzende Stelle dafür zu wählen.
2. Die/der Energiebeauftragte berät die Beschäftigten und die Bürger der Schöffersstadt Gernsheim und vermittelt bei Bedarf Kontakte zum Kreis Groß-Gerau und den einschlägigen Institutionen. Weiter erarbeitet die/der Energiebeauftragte Vorschläge zu Energiesparmaßnahmen sowie dem Ausbau des Einsatzes Erneuerbarer Energien.
3. Die/der Energiebeauftragte informiert die städtischen Bediensteten und die Öffentlichkeit kontinuierlich über Möglichkeiten zum

Energieeinsparen, über Energie-Effizienz, Fördermöglichkeiten usw., und dies soweit möglich mit Bezug/Schwerpunkt auf die Schöfferstadt Gernsheim. Dazu lässt der Magistrat eine eigene Seite auf der Homepage der Schöfferstadt Gernsheim installieren.

4. Gemeinsam mit der/dem Energiebeauftragten erarbeitet der Magistrat ein Konzept für eine Dauerausstellung z. B. im Stadthaus oder der Stadthalle zum Thema Energiesparen und Erneuerbare Energien. Als Vorbild kann die Wanderausstellung des Ministeriums dienen.

5. Den Energietag führt der Magistrat ab 2012 jährlich durch. Die/der Energiebeauftragte erstellt jeweils einen Erfahrungsbericht (erstmalig für das Jahr 2012) und Verbesserungsvorschläge. Dazu befragt sie/er sowohl Aussteller als auch Besucher.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : -
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Enthaltung : 1 Bündnis 90/Die Grünen

"Elektrische Geräte in städtischer Verwaltung und Betrieben"
hier: **Antrag zum Haushalt 2012 der Stadtverordneten Gerd Trommer und Marianne Walz vom 08.08.2011 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2011**

Vorlage: 0246/S/11-02

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Alle Bürogeräte und andere elektrische Energieverbraucher — soweit sie nicht aus Sicherheits- oder Erreichbarkeitsgründen aktiv sein müssen — schaltet der jeweilige Mitarbeiter zu seinem Arbeitsschluss ab. Dazu lässt der Magistrat für jeden Arbeitsplatz einen separaten Schalter installieren.
2. Der Magistrat bietet allen städtischen Bediensteten Kurse für energiesparendes Fahren und Verhalten im Umgang mit elektrischen Geräten sowie Heizungen an. Um Aufwand und Kosten zu sparen, soll dies möglichst in Zusammenhang mit anderen Kommunen oder Institutionen erfolgen.
Haushaltsansatz 5 T€

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Enthaltung : -

"Windenergieanlagen"

hier: Antrag zum Haushalt 2012 der Stadtverordneten Gerd Trommer und Marianne Walz vom 08.08.2011 sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2011

Vorlage: 0246/S/11-03

Seitens der Stadtverordneten Trommer und Walz liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat beauftragt ein geeignetes Ingenieurbüro, ein EVU oder eine Organisation der Riedwerke zu überprüfen,

a) welche planungsrechtlichen Änderungen vorgenommen werden müssen, damit der Bau von „großen“ Windenergieanlagen in der Gemarkung Gernsheim möglich wird,

b) welche Kriterien gegeben sein müssen, damit Klein-Windenergieanlagen auf privaten oder kommunalen Flächen installiert werden können.

Haushaltsansatz: 5.000,00 Euro.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Einvernehmlich wird vereinbart, über den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Windenergieanlagen

hie: Änderungsantrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-03.1

Seitens der Stadtverordneten Trommer, Walz, Weckerle und Wolter liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat beauftragt - soweit das städtische Bauamt dies nicht leisten kann – ein geeignetes Ingenieurbüro, ein EVU oder eine Organisation der Riedwerke zu überprüfen,

a) welche planungsrechtlichen Änderungen und welche formalen Schritte vorgenommen werden müssen, damit der Bau von „großen Windenergieanlagen“ in der Gemarkung der Schöfferstadt Gernsheim möglich wird;

b) welche Kriterien gegeben sein müssen bzw. welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit Klein-Windenergieanlagen auf privaten oder kommunalen Flächen in der Gemarkung der Schöfferstadt Gernsheim installiert werden können.

Haushaltsansatz: 5.000 €, soweit nicht aus dem Ansatz von Produkt 51101 „Bauamt - Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ finanzierbar.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Einvernehmlich wird vereinbart, über den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der

Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

**Sanierung eines Duschraumes im Sportheim "Am Kaffeedamm";
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-04**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushaltes 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, Sachkonto 616 1000, Kostenträger 1108005, Kostenstelle 3102180, um € 10.000,00 für die Sanierung eines Duschraumes im Sportheim „Am Kaffeedamm“ zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Erneuerung der Trinkwasserleitungen, Toiletten und
Warmwasserspeicher in der Maria-Jockel-Kindertagesstätte;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-05**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, Sachkonto 6161000, Kostenträger 11108005, Kostenstelle 3102140, weitere € 72.000,00 für die Erneuerung der Trinkwasserleitungen, Toiletten und Warmwasserspeicher in der Maria-Jockel-Kindertagesstätte einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Erneuerung des Sektionaltores am Bauhof;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-06**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung,

folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, Sachkonto 6161000, Kostenträger 11108005, Kostenstelle 3102260, für die Erneuerung des Sektionaltores an der Lagerhalle des Bauhofs um € 11.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Planungskosten für den Knotenumbau L3112/Konrad-Adenauer-Ring/Otto-Hahn-Straße;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-07**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 54301, Sachkonto 6779000, Kostenträger 54301003, Kostenstelle 3206011, für Planungskosten bezüglich des Knotenumbaus L3112/Konrad-Adenauer-Ring/Otto-Hahn-Straße um € 40.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Erweiterung der städtischen Kinderkrippe "Eulennest" - Mehrkosten;
hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-08**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Entwurf des Haushaltsplans 2012 bei Budget 3, Produkt Nr. 11108, I-Nr. 11108023, für die Erweiterung

der städtischen Kinderkrippe „Eulennest“ — Mehrkosten- um € 130.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Bewegungspark für Seniorinnen und Senioren;
hier: Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-09**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob

- in Zusammenarbeit mit dem privaten Träger des Hauses Rheinaue ein öffentlich zugänglicher Bewegungspark eingerichtet werden kann; als alternative Standorte böten sich der Europapark und/oder der Rheinpark an.
- z.B. entlang des Rheins eine Nordic-Walking-Strecke (z.B. Rundweg) eingerichtet werden kann; Tafeln mit fach- und sachgerechten Hinweisen zum Laufen und zur Strecke sollen an den einzelnen Einstiegspunkten aufgestellt werden. Vorsorglich sollen Haushaltsmittel in Höhe von Euro 7.000 eingestellt werden, um im Falle einer positiven Prüfung des Magistrates eine Umsetzung vornehmen zu können.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 Bündnis 90/Die Grünen

**Erhöhung der Hundesteuer;
hier: Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2012
Vorlage: 0246/S/11-10**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Änderungssatzung über eine Erhöhung der Hundesteuer zur Beschlussfassung zuzuleiten. Dabei ist eine Umfrage der Erhebungssätze in der umliegenden Region vorzulegen. Ziel ist die Anpassung der Hundesteuer; diese Änderungssatzung soll zum 01.01.2012 rechtskräftig werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Fahrten zu einem Hallenbad;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2011
Vorlage: 0246/S/11-11**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Abweichend von der Intention der Antragstellerin der Stadtverordnetenvorlage 0221/S/11 „Fahrt für Vorschulkinder und Senioren zu einem Hallenbad“ , aber im Einklang mit den Inhalten des Ergänzungsantrags der CDU-Fraktion vom 08.06.2008 zum Vortrag des Magistrats [Vorlage 0142/S/08] beantragt die CDU-Fraktion,

- alle Interessenten wöchentlich an wechselnden Wochentagen und - wenn möglich - zu wechselnden Uhrzeiten vom 01.01.2012 bis zum 30.06.2012 kostenlos mit einem Shuttle-Bus vornehmlich in das Basinus-Bad nach Bensheim zu fahren.
- die Vergabe der Plätze im Bus erfolgt nach dem sog. Windhundverfahren.
- den Eintritt hat jede Mitfahrerin / jeder Mitfahrer selbst zu entrichten.
- der Aufenthalt im Bad ist zeitlich zu begrenzen, die Abfahrt erfolgt drei Stunden nach Ankunft.
- nach Vorlage der Evaluationsergebnisse dieses halbjährigen Shuttle-Betriebs entscheidet die Stadtverordnetenversammlung erneut über eine mögliche Verlängerung dieser Einrichtung.
- die kalkulierten Kosten für einen Ganzjahresshuttle in Höhe von 8.840,00 € sind in den HH-Plan-Entwurf 2012 einzustellen, davon sind 4.420,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Fahrten zu einem Hallenbad;
hier: Änderungsantrag zu dem CDU-Antrag 0246/S/11-11 der
Stadtverordneten Ursula Wolter vom 22.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-11.01**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

1. Der vom Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim bestellte Shuttle-Bus fährt **1X wöchentlich** zu einem vom Magistrat mit der Badleitung Basinus-Bad abgestimmten Termin nach Bensheim. Wenn das Basinus-Bad belegt sein sollte, muss in Pfungstadt und/oder in Groß-Gerau angefragt werden.
2. Die Fahrten sollen für die Teilnehmer kostenfrei sein und nach erfolgtem Beschluss der STVV zeitnah aufgenommen werden.
3. Der Magistrat regelt die Vergabe der Plätze.
4. Nach Wetterlage und mit Beginn der Öffnung der Freibäder im südlichen Ried sind die Fahrten einzustellen.
5. Der Magistrat erstellt nach der ersten Saison für die STVV einen Erfahrungsbericht als Grundlage für eine weitere Beschlussfassung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : -
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Enthaltung : 1 Bündnis 90/Die Grünen

Grundhafte Sanierung Unterführung Stadtmitte; hier: Antrag des Magistrats zum Haushalt 2012 Vorlage: 0246/S/11-12

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Entwurf des Haushalts 2012 bei Budget 3, Produkt-Nr. 54101, Investitions-Nr. 54101030 -Grundhafte Sanierung Unterführung Stadtmitte- den Ansatz von seither € 750.000,00 um € 850.000,00 auf € 1.600.000,00 zu erhöhen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 SPD

Unterstützung der Stadt Gernsheim zur Grabenräumung nördlich des Klein-Rohrheimer Fahrdammes; hier: Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 07.10.2011 Vorlage: 0246/S/11-13

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Ortsbeirat Klein-Rohrheim bittet die Stadt um Unterstützung zur Grabenräumung nördlich des Klein-Rohrheimer Fahrdammes.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Nivellierung und Neuanlegen des Bolzplatzes in Klein-Rohrheim
hier: Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom
07.10.2011**

Vorlage: 0246/S/11-14

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Ortsbeirat Klein-Rohrheim bittet um Unterstützung für sein Anliegen, den Bolzplatz in Klein-Rohrheim zu nivellieren und neu anzulegen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Bau eines Fußgänger-Überweges Mainzer Straße
hier: Antrag der FWG-Fraktion vom 09.11.2011**

Vorlage: 0246/S/11-15

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat wird beauftragt mit dem Amt für Straßenbau Kontakt aufzunehmen, um die Genehmigung zum Bau eines Fußgänger — Überweges mit Ampelanlage in Höhe der Bushaltestelle zu erreichen.
Die Kosten für diese Maßnahme sind zu ermitteln und im HH 2012 einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Erweiterung um Spalte Hochrechnung laufendes Jahr (hier 2011)
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-19**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Den Haushaltplan um eine Spalte zu ergänzen, aus der ersichtlich ist, welche Werte die aktuelle Hochrechnung des laufenden Jahres ergibt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen : 3 CDU
Enthaltung : 2 (1 SPD, 1 FWG)

**Gebäudemanagement Innenanstrich Bürgersaal;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-20**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Ausgaben in Höhe von 10 T€ für den Anstrich des Bürgersaales streichen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Enthaltung : 1 SPD

**AST-System auf ganz Gernsheim ausweiten;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-21**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2012 jährlich 50 T€ zur Bereitstellung einer flächendeckenden AST-Versorgung im Stadtgebiet einzuplanen. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt mit der LNVG

Verhandlungen zu führen, um noch im Jahr 2012 eine AST-Versorgung für das gesamte Stadtgebiet einzuführen. Auch eine rein kommunale Variante ist zu prüfen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Enthaltung : 1 SPD

**Friedhofnutzungskonzept erstellen
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-23**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

- a) In den Haushalt 2012 wird ein Betrag in Höhe von 10 T€ für die Erstellung eines zukünftigen Friedhofnutzungskonzeptes eingestellt.
 - b) Parallel hierzu soll die Investition I-55301003 in Höhe von 45 T€ mit einem Sperrvermerk versehen werden.
- Es wird einvernehmlich vereinbart, über die Buchstaben a + b getrennt abzustimmen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Buchstabe a: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Enthaltung : 1 SPD

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Buchstabe b: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Enthaltung : 1 SPD

**Konzept für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung erstellen
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-24**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

60 T€ für die Erarbeitung eines Konzeptes zur Innenstadtentwicklung (-belegung) im Haushalt einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (1 SPD, 1 FWG)

Strecken- und Laufwegetafel am Parkplatz L 3112 vor der Autobahnbrücke

hier: Antrag des Stadtverordneten Herbert Weckerle vom 21.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-25

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Für den Haushalt 2012 werden Mittel zum Aufstellen einer Strecken- und Laufwegetafel am Parkplatz L 3112/Autobahnbrücke Richtung Hähnlein eingestellt. Das vandalismussichere Schild zeigt die Lauf- und Wanderwegestrecken im Gernsheimer Stadtwald an und weist zusätzlich auf die Streckendistanzen für Fitnesssportarten, z.B. Jogging und Nordic/Walking hin. Zur Finanzierung bzw. Mitfinanzierung dieser Serviceleistung für Fitness & Gesundheit sollen mögliche Sponsoren, wie z.B. regionale Firmen, Krankenkassen usw. vom Magistrat der Schöffersstadt angesprochen werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 SPD

Anstrich- und Renovierungsarbeiten der Turnhalle Allmendfeld

hier: Beschluss des Ortsbeirates Allmendfeld vom 23.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-26

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Im Entwurf des Haushaltes 2012 werden für die Anstrich- /
Renovierungsarbeiten der Turnhalle Allmendfeld 15.000 € bereitgestellt

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 SPD

Städtepartnerschaft mit Swiecie; hier: Sommersprachkursus für Bürger

**und Bürgerinnen aus der Partnerstadt Swiecie;
hier: Antrag der Stadtverordneten Ursula Wolter vom 23.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-27**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

- a) Der Magistrat erarbeitet eine Planung für die Durchführung eines deutschen Sprachkurses in Swiecie im Sommer 2012.
- b) Bei der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau setzt sich der Magistrat für das Angebot eines polnischen Sprachkurses in Gernsheim ein.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu a: Ablehnung

Ja-Stimmen : -
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Enthaltung : 1 SPD

Punkt b) des Antrags wird nach den Erläuterungen durch Herrn Bürgermeister Burger seitens des Antragstellers als erledigt erklärt.

E-Mobilität

**hier: Antrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-28**

Seitens der Stadtverordneten Trommer, Walz, Weckerle und Wolter liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:
Bei der Neu- und/oder Ersatzbeschaffung von motorgetriebenen Fahrzeugen, gleich ob per Investition oder Leasing, erhalten umweltfreundliche Antriebssysteme den Vorzug. Besonders geeignet sind dafür elektrische, Hybrid- und/oder Gasantriebe. Der Magistrat berücksichtigt den voraussichtlichen Neu- und Ersatzbedarf des Jahres 2012 z.B. im Teilergebnis-Haushaltprodukt 12206 „Ordnungsbehördenbezirk - Straßenverkehrsbehörde“. Außerdem ermittelt er die Auswirkungen im Sinne einer Öko-Bilanz für Fahrzeuge mit konventionellen bzw. den alternativen Antriebsarten.
Haushaltsansatz: Interne Verrechnung.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Einvernehmlich wird vereinbart, über den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Kontinuierliche Energieeinsparungen und Weiterbildung

hier. Antrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-29

Seitens der Stadtverordneten Trommer, Walz, Weckerle und Wolter liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:
Zum Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen und Informationen zu Themen der Energieeinsparung und Verbesserung der CO₂-Bilanz bzw. dem Klimaschutz werden den Stadtverordneten im Jahr 2012 finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Sie werden entsprechend der Zahl der teilnehmenden Stadtverordneten aufgeteilt und auf Verwendungsnachweis ausgezahlt. Die näheren Bedingungen und Regeln legt der Magistrat fest und teilt sie möglichst kurzfristig der Stadtverordnetenversammlung mit.
Haushaltsansatz: 6.000 €“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Einvernehmlich wird vereinbart, über den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

**Energieeinsparungen in städtischen Wohnungen
hier: Antrag der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011
Vorlage: 0246/S/11-30**

Seitens der Stadtverordneten Trommer, Walz, Weckerle und Wolter liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:
1. Alle städtischen Wohnungen sollen hinsichtlich ihrer Wärmedämmung den Vorschriften der neuen EnEV 2009 für sanierte Gebäude entsprechen. In 2012 veranlasst der Magistrat erste Sanierungen in einem Kostenrahmen von 50.000 €.
2. Das Warmwasser soll zukünftig - soweit technisch möglich und sinnvoll - mit Solarkollektoren erzeugt werden. In 2012 veranlasst der Magistrat erste Umstellungen in einem Kostenrahmen von 30.000 €.
3. Der Magistrat erarbeitet Vorschläge für die Heizungssanierung und einen Zeitplan für dessen Umsetzung. Dabei sind auch kurzfristig mögliche Maßnahmen mit relativ geringen Investitionen, die aber sofort wirksam sind, wie elektronische Heizungsregler, zu überprüfen.
4. Der Magistrat gibt den Mietern konkrete Empfehlungen zum eigenen Energieeinsparen. Sie umfassen Aktivitäten, die auf die Zustände sowohl vor der Sanierung als auch danach abzielen.
5. Eventuelle anschließenden Mieterhöhungen dürfen nicht über die Einsparungen, die die Mieter voraussichtlich mit den Maßnahmen haben, hinausgehen.
Haushaltsansatz: 80.000 €.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Einvernehmlich wird vereinbart, über

den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Energie aus Biomasse

hier: Antrag der Stadtverordneten Ged Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-31

Seitens der Stadtverordneten Trommer, Walz, Weckerle und Wolter liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:
Für zukünftige Wohngebäude und große Wärmeverbraucher ist die gemeinsame Erzeugung von Wärmeenergie aus heimischer Biomasse eine umweltfreundliche und energieeffiziente Alternative. Das gilt vor allem, wenn außer der Wärmeenergie auch wertvolle elektrische Energie erzeugt werden kann. Der Magistrat ermittelt auf der Basis der im städtischen Verantwortungsbereich anfallenden Biomasse, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und deren Potenzialen, welche Nutzungsarten realisierbar sind. Weiter erarbeitet er Vorschläge, für welche Verbraucher, z.B. städtische Wohngebäude, Schulen, Hallenbad oder neue Baugebiete der Anschluss an eine entsprechende Wärmeversorgung ggf. ebenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen/Institutionen sinnvoll ist.
Haushaltsansatz: 3.000 €, soweit nicht aus dem Ansatz von Produkt 51101 „Bauamt - Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ finanzierbar.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Einvernehmlich wird vereinbart, über den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Bürgerbefragung zum Thema Hallenbad

hier: Antrag der der Stadtverordneten Gerd Trommer, Marianne Walz, Herbert Weckerle und Ursula Wolter vom 28.11.2011

Vorlage: 0246/S/11-32

Seitens der Stadtverordneten Trommer, Walz, Weckerle und Wolter liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:
Der im Haushaltsentwurf eingestellte Betrag von 15.000 € wird auf 5.000 € gekürzt.
Haushaltsansatz: minus 10.000 €.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Einvernehmlich wird vereinbart, über den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

3 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der

Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2010-2015 einschl. aller eingegangenen Anträge
Vorlage: 0245/S/11

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2010–2015.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 Bündnis 90/Die Grünen

4 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 einschl. aller eingegangenen Anträge
Vorlage: 0246/S/11

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2012.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird

im **Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der *Erträge* auf **23.774.674 EUR**
mit dem Gesamtbetrag der *Aufwendungen* auf (-) **25.245.963 EUR**

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der *Erträge* auf **0 EUR**
mit dem Gesamtbetrag der *Aufwendungen* auf (-) **0 EUR**

mit einem **Fehlbedarf** von (-) **1.471.289 EUR**
im **Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den *Einzahlungen und Auszahlungen*
aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **127.046 EUR**

und dem Gesamtbetrag der

<i>Einzahlungen aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf</i>		2.770.312 EUR
<i>Auszahlungen aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf</i>	(-)	5.570.650 EUR

<i>Einzahlungen aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf</i>		300.000 EUR
<i>Auszahlungen aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf</i>	(-)	619.750 EUR

mit einem Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von festgesetzt.	(-)	2.993.042 EUR
--	-----	----------------------

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist,
wird festgesetzt auf:

300.000 EUR

darin enthalten sind Kredite aus dem
Hessischen Investitionsfonds, Abt. B

300.000 EUR

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite** die im Haushaltsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf:

5.000.000 EUR

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	320 v. H.
---	------------------

b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf	250 v. H.
--	------------------

2. Gewerbesteuer auf	360 v. H.
----------------------	------------------

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt an den Magistrat die Einzelentscheidung über die Aufnahme der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kredite bzw. die Umschuldungen gemäß § 50 der Hessischen Gemeindeordnung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 Bündnis 90/Die Grünen

5 Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim Vorlage: 0271/S/11

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Vorbehaltlich der positiven Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über den Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 bezüglich der Erhöhung der Hundesteuer (Vorlage Nr. 0246/S/11-10) beschließt sie den beiliegenden Entwurf der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim. Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2012 in Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 SPD

6 Wechselseitige Praktika von Beschäftigten der Schöfferstadt Gernsheim und den verschwisterten Kommunen Bar-sur-Aube/Frankreich und Swiecie/Polen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011 Vorlage: 0258/S/11

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schöfferstadt Gernsheim und bei den Beschäftigten der mit Gernsheim verschwisterten Kommunen Bar-sur-Aube und Swiecie Interesse

gibt, zeitlich begrenzte Praktikas im Sinne einer Fortbildung außerhalb ihrer eigenen Beschäftigungsstelle durchzuführen.

Wenn ja, wird der Magistrat gebeten, vorsorglich entsprechende HH-Mittel in den Entwurf des HH-Planes 2013 einzustellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**7 Antrag zur Überarbeitung der bestehenden Abfallsatzung einschl. der 1. Änderungssatzung zum HH-Jahr 2013
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2011
Vorlage: 0259/S/11**

Im Rahmen der Aussprache erklärt Herr Kaspar, dass der Antrag folgendermaßen abzuändern ist: Die Worte „mögliche alternative“ sind durch „zusätzliche“ zu ersetzen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat wird im Hinblick auf eine zusätzliche Einführung kleinerer Müllgefäße beauftragt, die derzeit bestehende Abfallsatzung sowie die 1. Änderungssatzung zur Abfallsatzung einschl. der darin enthaltenen Gebührentatbestände zur Müllentsorgung im Laufe des HH-Jahres 2012 zu überarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage zur Entscheidung zuzuleiten.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 Bündnis 90/Die Grünen

**8 Errichtung eines Ortsschildes am Rheinufer
hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2011
Vorlage: 0267/S/11**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Der Magistrat wird gebeten, mit dem zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt Kontakt aufzunehmen, um festzustellen, ob die Möglichkeit besteht, ein beleuchtetes Ortsschild mit der Aufschrift „Schöfferstadt Gernsheim“ am Rheinufer (zwischen Schiffermast und Hafenspitze) zu errichten. „

Im Rahmen der Aussprache wird einvernehmlich vereinbart, über den Antrag erst in der für 07.12.2011 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

**9 Radwegeführung im Kreuzungsbereich B 44 (neu) / L 3112
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld vom
09.11.2011
Vorlage: 0283/S/11**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat der Schifferstadt Gernsheim wird beauftragt, mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Kontakt aufzunehmen, um das Gefahrenpotential an den Radwegequerungen an der Ampelkreuzung B44/L3112 erneut zu bewerten und zu beseitigen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 SPD

**10 Ortseinfahrt Hahner Straße
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld vom
09.11.2011
Vorlage: 0284/S/11**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird beauftragt, gemeinsam mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen die Situation an der Ortseinfahrt B426/Hahner Straße zu überprüfen, da trotz der bisherigen Veränderungen in bestimmten Situationen die Übersicht im Einmündungsbereich nicht optimal ist.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 SPD

**11 Bezug von Ökostrom
hier: Antrag des Stadtverordneten Herbert Weckerle vom 15.11.2011
Vorlage: 0285/S/11**

Seitens des Stadtverordneten Weckerle liegt folgender Antrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit regionalen Stromanbietern einen Rahmenvertrag zur Lieferung von Ökostrom für alle Verbrauchsstellen städtischer Betriebe, von städtischen Liegenschaften sowie für die Straßenbeleuchtung zu verhandeln und abzuschließen. Der Bezug von Ökostrom mit einem regenerativen Anteil von 100% für die Schöffersstadt Gernsheim ist möglichst kurzfristig zu vereinbaren.“

Des Weiteren liegt folgender Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2011 vor:

„Der Magistrat wird beauftragt nach Abschluss des neuen Stromkonzessionsvertrages mit dem zukünftigen Stromnetzbetreiber bzw. der angeschlossenen Stromvertriebssparte des Unternehmens Verhandlungen aufzunehmen, dass die Schöffersstadt Gernsheim spätestens ab dem 1.1.2013 mit 100% Ökostrom für alle städtischen Verbrauchsstellen versorgt wird. Bei den Verhandlungen ist anzustreben, dass die Schöffersstadt Gernsheim für den Ökostrom gleiche oder bessere Konditionen erzielt wie für den Strommix des Versorgers.“

Die Abstimmung über diese beiden Vorlagen wird einvernehmlich auf die Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2011 verschoben.

**12 Einrichtung/Wiederbelebung einer Treppenhausgalerie im Stadthaus der Schöffersstadt Gernsheim;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2011
Vorlage: 0286/S/11**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass im Stadthaus der Schöffersstadt Gernsheim eine Treppenhausgalerie eingerichtet, bzw. wiederbelebt wird.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**13 Mehrzweckraum Schöffershaus, Initiative zur Nutzungserweiterung;
hier: Antrag der Stadtverordneten Herbert Weckerle und Marianne Walz vom 15.11.2011
Vorlage: 0287/S/11**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird beauftragt, geeignete Regelungen zur effizienteren und vielfältigeren Nutzung des Mehrzweckraums im Erdgeschoss des Schöfferhauses zu erarbeiten. Die Nutzung soll begrenzt werden auf Veranstaltungen, die im öffentlichen Interesse stehen. Diese Veranstaltungen sollen museal-kulturellen, vorzugsweise völkerverständigenden, die Geschichte erklärenden und weiteren Bildungszwecken dienen. Vermietungen und Überlassungen ausschließlich zu solchen Zwecken, die dem öffentlichen Nutzungsinteresse dienen, sind zu genehmigen. Der Magistrat erarbeitet Vergaberegeln und legt umgehend der Stadtverordnetenversammlung einen Regelungskatalog zur Überlassung oder einen Satzungsentwurf vor.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 FWG
Nein-Stimmen : 3 CDU
Enthaltung : 2 (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD)

**14 Gestaltung der leeren Schaufenster der städtischen Liegenschaft "Ehemaliges Raiffeisengebäude" in der Bleichstraße;
hier: Antrag der Stadtverordneten Ursula Wolter vom 22.11.2011
Vorlage: 0293/S/11**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim stellt künstlerisch tätigen Gruppen, Einzelpersonen und/oder Vereinen die beiden großen Schaufenster des ehemaligen Fahrradgeschäftes der städtischen Liegenschaft, Bleichstraße, zu Ausstellungszwecken zur Verfügung. Der Magistrat regelt die Modalitäten wie Auswahl der Aussteller und Dauer der Ausstellungen. Der Magistrat klärt ebenfalls die eventuell auftretenden Versicherungsfragen. Für die Reinigung der Scheiben soll ein Betrag von 500 Euro im Haushalt 2012 eingestellt werden. Wenn die Liegenschaft veräußert oder das Gebäude abgerissen werden sollte, müssen die Aussteller sofort die Ausstellungsgegenstände ausräumen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD)

Herr Vorsitzender Kramer schließt um 21:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nicht öffentlichen Teil, nachdem Die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie der Vertreter der Presse den Sitzungssaal verlassen haben.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

stellv. Vorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für die SPD-Fraktion

Für die FWG-Fraktion

Schriftführer